



# Frankfurter Allgemeine

## SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

**EINFACH MIT DEM HANDY SCANNEN**

Hier geht es zu den neuesten Nachrichten auf FAZ.NET



**ABSCHRECKUNG**

Wie Grenzschrützer gegen Schleuser kämpfen.  
*Politik*



**ANNE WILL**

Die Moderatorin über ihre neuen Pläne.  
*Feuilleton*

**NACH DER RANDALE**

Warum es bei der Eintracht so oft zu Krawallen kommt.  
*Rhein-Main*



## Nur noch drei Wochen!

Weihnachten naht. Was kochen? Was schenken? Wir haben ein paar Ideen.

*Leben, Feuilleton*

Illustration Victoria Bee

# Politiker fordern Rückkehr zur Atomenergie

Führende Köpfe von Ampel und Union wollen neue Reaktoren. Sie fürchten um die Industrie. *Von Morten Freidel und Konrad Schuller*

Führende Politiker von CDU und CSU fordern angesichts der Haushaltskrise einen Wiedereinstieg in die Kernenergie. Bei den Schwesterparteien zeichnet sich ein übergreifender Konsens ab, der nicht nur umfasst, die zuletzt stillgelegten Meiler wieder anzufahren, sondern den Neubau von Atomkraftwerken vorzubereiten. In diesem Sinne äußerten sich die Ministerpräsidenten Markus Söder und Michael Kretschmer, CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Jens Spahn, die Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, sowie die ChefIn der Mittelstandsunion, Gitta Connemann.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sagte der F.A.S., es brauche „jetzt grundlegende politische Veränderungen, gerade auch im Bereich Energie“. Die von den Grünen geprägte Energiepolitik sei mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts „an der Realität zerschellt“. Die verbliebenen Reaktoren in Deutschland müssten für die Zeit der Krise „umgehend“ reaktiviert werden. „Aber das reicht nicht. Auch die Umstellung auf modernere, kleinere, sicherere und effizientere Reaktoren muss vorangetrieben werden.“ Deutschland müsse wettbewerbsfähig bleiben und seine Klimaziele erreichen. Kleinreaktoren werden zurzeit entwickelt. Die Idee ist, die Kosten zu senken, indem man Teile davon am Band fertigt, was bei größeren Kraftwerken kaum möglich ist. Die Hersteller werben außerdem damit, dass die Kraftwerke sicherer seien als bisherige. In Europa sind etwa Polen, die Niederlande oder Frankreich daran interessiert. Kürzlich traf sich eine Allianz europäischer Staaten in Pressburg, um die EU-Kommission davon zu überzeugen, sie zu fördern.

Jens Spahn von der CDU bezeichnete die Abschaltung der letzten deutschen Meiler „mitten in der Energiekrise“ als einen „schweren Fehler der Ampel. Diese Kraftwerke müssen so schnell wie möglich wieder ans Netz“, sagte er.

Spahn plädierte außerdem dafür, Atomkraftwerke der neuesten Generation zu bauen, sobald sie entwickelt sind. Er forderte Deutschland auf, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen. „Kernkraft erlebt weltweit eine Renaissance.“ Die Ampel verkenne die Zeichen der Zeit. Es brauche „eine ehrliche Debatte ohne die üblichen Reflexe“. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann sagte, die Union befürwortete „die Forschung und Entwicklung der Kernenergie der nächsten Generation“. Darunter fallen nicht nur Kleinreaktoren, sondern auch größere Reaktorkonzepte, die weniger Atommüll hinterlassen sollen.

*Ministerpräsident Söder sagt, die Energiepolitik der Grünen sei „an der Realität zerschellt“. Er ist für den Bau neuer, kleiner Meiler.*

In manchen Ländern wird daran geforscht, zum Beispiel in Kanada und Amerika. In Deutschland hingegen nicht mehr. Die Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrates, Astrid Hamker, kritisierte das. Deutschland müsse bei neuen Entwicklungen der Kerntechnik „prinzipiell“ offen bleiben „bis hin zum Neubau dieser Anlagen“. Alles andere wäre „völlig unverständlich und schadet unserem Ansehen“. Ähnlich äußerte sich die ChefIn der Mittelstandsunion, Gitta Connemann. Deutschland dürfe sich der Forschung an neuen Reaktorkonzepten „nicht verschließen“, sagte sie. „Das Potential der Kernenergie muss genutzt werden.“ Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sagte: „Dringend, ganz dringend ist es, die Atomkraftwerke wieder anzufahren. Die Energiewende ist gescheitert und muss

neu aufgesetzt werden. Selbstverständlich beteiligt sich die Union an dieser Neuausrichtung.“ Auch maßgebliche Politiker der FDP regten eine Wende in der Energiepolitik an. Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Christian Drr, sagte der F.A.S., Deutschland „sollte die Kernenergie nicht abschreiben“. Wenn das Land es damit ernst meine, „sollten wir neuartige Reaktorkonzepte wie SMR und die Kernfusion ins Auge fassen“. SMR ist die englische Abkürzung für Kleinreaktoren. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Trsten Herbst, forderte „einen generellen Wiedereinstieg in die Kernkraft“. Deutschland sollte „dem Beispiel unserer europäischen Nachbarn folgen“.

Die Befrworther der Atomkraft haben zwei Hauptargumente. Das eine betrifft die fünf zuletzt abgeschalteten deutschen Druckwasserreaktoren Isar 2, Brokdorf, Emsland, Neckarwestheim und Grohnde. Es sei günstiger, diese Kraftwerke zu er-tüchtigen, als an ihrer Stelle neue Gaskraftwerke zu bauen. So könne man Milliarden sparen. Hinzu kommt, dass Gaskraftwerke auch dann teuer sind, wenn sie schon fertig sind. Sie sollen nämlich nicht durchgängig laufen, sondern nur dann, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Damit überhaupt jemand diese Kraftwerke baut, muss die Politik die Betreiber also bezuschussen. Bezahlt wird dann nicht der Strom, den die Kraftwerke produzieren, sondern die Leistung, die sie bereitstellen. Im September soll das Wirtschaftsministerium unter anderem dafür 60 Milliarden Euro eingeplant haben. Atomkraftwerke haben dieses Problem nicht. Sie laufen durch. Es könnte dann Tage geben, an denen zu viel Strom produziert wird, aber Herbst meint, damit könne man dann Wasserstoff herstellen.

Das andere Argument der Kernkraftfreunde ist grundsätzlicher. Es betrifft vor allem den Neubau von Kernkraftwerken und geht so: Auch wenn Atomkraft teuer ist, kostet sie weniger als ein Energiesystem, das ausschließlich auf Wind und Sonne setzt. So argumentiert

etwa Herbst. „Ja“, sagt er, „Kernkraftwerke sind nicht günstig. Aber ein System, das verlässliche Kernenergie mit Strom aus Erneuerbaren kombiniert, ist allemal günstiger als die Fortführung der bisherigen Energiewende.“ Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sieht es ähnlich. Im deutschen Energiesystem gibt es seiner Ansicht nach kein Problem, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Das Problem sei, für die Tage vorzusorgen, an denen es anders ist. Dafür braucht man Großspeicher, Reservekraftwerke und ausgebauter Netze, um Strom über weite Strecken zu transportieren. Noch dazu müsste die Politik Verbraucher entschädigen, wenn ihnen der Strom gedrosselt werde. All das erhöhe die Preise. Wind und Sonne schickten vielleicht keine Rechnung, aber ein Stromsystem, das nur auf Wind und Sonne beruhe, eben schon. Wenn die Energiewende billig wäre, sagt Kooths, „wäre es ja wunderbar“. Dann bräuche sich über die Klimapolitik niemand „länger den Kopf zu zerbrechen, weil jedes Land schon aus Eigeninteresse auf Erneuerbare umsteigen würde“.

Wenn allerdings Atomkraftwerke klimafreundlichen Strom liefern, wird aus Sicht von Herbst und Kooths vieles günstiger. Dann müsste Deutschland seine Netze weniger ausbauen, weniger Reservekraftwerke und weniger Speicher schaffen. Die Bundesregierung müsste den Betreibern von Gaskraftwerken auch kein Geld dafür bezahlen, dass sie die Kraftwerke bereithalten, obwohl sie nur selten genutzt werden. „Eines ist ganz klar“, sagt Kooths. „Die politische Akzeptanz für eine klimaschonende Energiepolitik hängt an der Frage, wie viel Wohlstand dafür aufgegeben werden muss.“ Schon deshalb sollten die Architekten der Energiewende darauf achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Die Politik sollte sich „für die Variante entscheiden, die am günstigsten ist“. Herbst weist darauf hin, dass die Energiewende noch am Anfang steht. Noch laufen die Kohlekraftwerke weiter. Noch gibt es kaum Speicher. Und schon

jetzt sei der Strom teuer. Wie, fragt er, solle das erst in den kommenden Jahren werden?

Andere kritisieren den Vorstoß für die Rückkehr zur Atomkraft. Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch, der als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung weiter Einfluss in der CDU hat, hält ihn für unrealistisch. Er glaubt weder daran, dass die alten Meiler noch einmal anlauen können, noch hält er es für zielführend, in Deutschland jetzt neue Kernkraftwerke zu bauen. Koch verweist auf das Recht. Man müsste die Reaktoren neu genehmigen, das sei aufwendig. Außerdem könne es Klagen geben. Nicht nur Koch geht davon aus, dass Gegner der Kernenergie das ausnutzen würden, um zu verhindern, dass die Kraftwerke wieder angefahren werden. Er ist außerdem unsicher, ob die Stromkonzerne überhaupt bereit wären, die Meiler weiter zu betreiben. Dann müsste die Politik es selbst tun. Neue Kraftwerke zu bauen dauert ihm zu lange: „Viele wollten diese Kraftwerke hier nicht haben, das ist jetzt auch nicht kurz-

seinen Nachbarländern einkaufen, damit die Industrie nicht abwandert. „Gut, dann kommt der Strom aus Kernkraftwerken halt woandersher, aus Frankreich, Polen und Tschechien“, sagt er. Am besten wären für Koch langfristige Verträge. „Diese Verhandlungen führen wir leider aus einer Position der Schwäche heraus. So ist das eben.“ Dafür habe Deutschland noch genügend andere Stärken. Die Ökonomin und Wirtschaftsweiserin Veronika Grimm glaubt ebenfalls nicht an einen Neubau. So viele Kernkraftwerke, wie Deutschland brauchen würde, baue keiner mehr. Grimm hält es grundsätzlich für schwierig, von dem nun eingeschlagenen Weg abzuweichen, weil es keine gesellschaftlichen Mehrheiten für einen anderen gebe. Sie fordert ähnlich wie Koch, Energie aus dem Ausland zu importieren, etwa Wasserstoff.

Die Befrworther bleiben trotzdem bei ihrer Position. Die rechtlichen Hürden für einen Neubau mögen hoch sein, sagt konom Kooths, „aber letztlich ist das eine Frage des politischen Willens. Wenn man den aufbringt, dann kriegt man das auch hin. Es gibt kein einziges Land, das ausschließlich auf Erneuerbare setzt, sofern es keine günstigen Bedingungen gibt, wie etwa in Norwegen oder in Dänemark, das kaum Schwerindustrie hat.“ hnlich sieht es Johannes Winkel von der Jungen Union. „Die Bundesregierung hat bei LNG-Terminals gezeigt, was genehmigungsrechtlich möglich ist, wenn der Wille vorhanden ist. Und diesen Willen, den brauchen wir jetzt auch bei der Kernkraft. Dann lassen sich diese Probleme auch lösen.“ Kooths findet es nicht schlimm, wenn Deutschland Atomstrom aus dem Ausland einkauft. Aber er hält das für ein Eingeständnis des Scheiterns. „Eine Energiewende, die nur funktioniert, wenn die Nachbarländer andere Wege gehen, taugt nicht als Vorbild.“

Viele osteuropäische Länder planen neue Atomkraftwerke, darunter Polen, Rumänien und die Tschechische Republik. Wenn sich das nicht lohnen würde, fragt Herbst – warum tun sie es dann?

„Aber letztlich ist das eine Frage des politischen Willens.“

Die rechtlichen Hürden für einen Neubau mögen hoch sein, sagt konom Kooths. „Aber letztlich ist das eine Frage des politischen Willens.“

„Aber letztlich ist das eine Frage des politischen Willens.“

fristig zu ändern.“ All das ist kein Plädoyer für die Energiewende der Bundesregierung, die Koch hart kritisiert. „Die These der Grünen, dass wir mit ihrem Modell der Energiewende vertretbare Preise haben werden, ignoriert die Kosten von Netzen und Speichern komplett.“ Das werde sich auch auf lange Sicht nicht ändern. Koch ist deshalb für einen europäischen Stromverbund. Dort soll Deutschland günstigen Strom von

seinen Nachbarländern einkaufen, damit die Industrie nicht abwandert. „Gut, dann kommt der Strom aus Kernkraftwerken halt woandersher, aus Frankreich, Polen und Tschechien“, sagt er. Am besten wären für Koch langfristige Verträge. „Diese Verhandlungen führen wir leider aus einer Position der Schwäche heraus. So ist das eben.“ Dafür habe Deutschland noch genügend andere Stärken. Die Ökonomin und Wirtschaftsweiserin Veronika Grimm glaubt ebenfalls nicht an einen Neubau. So viele Kernkraftwerke, wie Deutschland brauchen würde, baue keiner mehr. Grimm hält es grundsätzlich für schwierig, von dem nun eingeschlagenen Weg abzuweichen, weil es keine gesellschaftlichen Mehrheiten für einen anderen gebe. Sie fordert ähnlich wie Koch, Energie aus dem Ausland zu importieren, etwa Wasserstoff.

Die Befrworther bleiben trotzdem bei ihrer Position. Die rechtlichen Hürden für einen Neubau mögen hoch sein, sagt konom Kooths, „aber letztlich ist das eine Frage des politischen Willens. Wenn man den aufbringt, dann kriegt man das auch hin. Es gibt kein einziges Land, das ausschließlich auf Erneuerbare setzt, sofern es keine günstigen Bedingungen gibt, wie etwa in Norwegen oder in Dänemark, das kaum Schwerindustrie hat.“ hnlich sieht es Johannes Winkel von der Jungen Union. „Die Bundesregierung hat bei LNG-Terminals gezeigt, was genehmigungsrechtlich möglich ist, wenn der Wille vorhanden ist. Und diesen Willen, den brauchen wir jetzt auch bei der Kernkraft. Dann lassen sich diese Probleme auch lösen.“ Kooths findet es nicht schlimm, wenn Deutschland Atomstrom aus dem Ausland einkauft. Aber er hält das für ein Eingeständnis des Scheiterns. „Eine Energiewende, die nur funktioniert, wenn die Nachbarländer andere Wege gehen, taugt nicht als Vorbild.“

Viele osteuropäische Länder planen neue Atomkraftwerke, darunter Polen, Rumänien und die Tschechische Republik. Wenn sich das nicht lohnen würde, fragt Herbst – warum tun sie es dann?

Foto Andreas Pein, dpa, Anton Vester, iStock



**RAPPER SKI AGGU**

Friesenjung und Partysahne – was steckt hinter dem Erfolg?

**Wirtschaft**

**BESTZEIT IM BLICK**

Es gibt auch viele elegante Sportuhren.

**Technik und Motor**

**ICH HAB RÜCKEN!**

Ärztin Yael Adler mit Tipps gegen die Schmerzen.

**Leben**



Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00  
Internet: www.faz.net/meinabo  
Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59  
Im Internet: www.faz.net/abo

Luxemburg, Österreich 5,50 € - Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien, Kanada, Balaoren 5,80 € - Schweiz 6,00 sfrs

